



SILVIA
SCHENKER



Schatten über Bundesbern

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

In diesem Newsletter möchte ich für einmal einen etwas kritischen Blick auf die politische Arbeit der vergangenen Session werfen.

Drei Themen haben mich hauptsächlich beschäftigt: Die Asylgesetzrevision, das Präventionsgesetz und die Medikamentenpreise. Anhand von jedem dieser Themen lässt sich ein besonderer, problematischer Aspekt der Parlamentsarbeit aufzeigen.

Gefährliche Hauruck-Übungen

Die Asylgesetzrevision, die wir in der Schlussabstimmung vom letzten Freitag verabschiedet haben, ist unter verschiedenen Titeln besonders. Es handelt sich bei der Vorlage 3 wie sie im parlamentarischen Prozess genannt wurde um einen Teil einer Vorlage, die noch nicht ganz zu Ende beraten wurde. Die Vorlage 3 wurde eröffnet, als an einer morgendlichen Sitzung während der Sommersession ein mündlicher Antrag eingebracht wurde, den sogenannten Eritreer-Artikel dringlich zu behandeln. Mit Eritreer-Artikel war ein Absatz des Artikels 3 gemeint. Im Artikel 3 des Asylgesetzes wird definiert, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit jemand als Flüchtling gilt. Aus Eritrea kommen viele Asylsuchende, die dort den Militärdienst verweigern. In Zukunft soll nun Militärdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund gelten. Der Antragssteller machte geltend, dieser Teil der Revision müsse im Dringlichkeitsrecht erlassen werden, weil die Zahl der Asylsuchenden aus Eritrea sehr gross sei und dieses aus seiner Sicht drängende Probleme sofort gelöst werden müsse. Ohne Diskussion stimmte die Kommissionsmehrheit dem Antrag zu. Der Artikel 3 wurde von der übrigen Vorlage abgetrennt und als dringliches Gesetz bezeichnet. Im Laufe der Asyldebatte in der Sommersession wurden weitere Artikel in die dringliche Vorlage aufgenommen.

Der Ständerat, welcher die Vorlage als Zweitrat behandelte, nahm in die dringliche Vorlage einen neuen Artikel auf, der aus meiner Sicht höchstproblematisch ist. Der Bund soll die Möglichkeit erhalten, in Pilotprojekten ein beschleunigtes Asylverfahren zu testen. Problematisch sind nicht Pilotprojekte, sondern die Tatsache, dass der Artikel dem Bundesrat sehr weitgehende Kompetenzen eröffnet. Der Bundesrat kann bei diesen Pilotprojekten im ganzen erstinstanzlichen Asylverfahren, im Wegweisungsverfahren und bei Finanzfragen vom geltenden Recht abweichen. Ich hatte mich aus staatspolitischen Gründen mit Vehemenz gegen diesen Artikel gewehrt. Das Parlament hat mit diesem Artikel dem Bundesrat eine Blankovollmacht erteilt und sich selber entmachtet. Und dies erst noch im Dringlichkeitsrecht und ohne dass die Grundzüge der Verordnung bekannt gewesen sind, in der die Pilotprojekte geregelt sein werden. Dieser Artikel und das gewählte Vorgehen schafft ein Präjudiz, das uns möglicherweise eines Tages noch Bauchweh machen wird. Mein Widerstand war leider erfolglos.

Mit einem Federstrich acht Jahre Arbeit für die Katze

In der dritten Sessionswoche versenkte der Ständerat das Präventionsgesetz. Dieser Entscheid des angeblich so besonnenen Ständerats ist für mich unfassbar. Während 8 Jahren haben Verwaltung und viele Fachleute ausserhalb des Parlaments an diesem Gesetz gearbeitet, das die Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz hätte koordinieren und damit stärken sollen. Auch das Parlament hat unzählige Stunden mit der Beratung des Gesetzes verbracht. Am Schluss scheiterte das Präventionsgesetz an zwei Stimmen. Im Nationalrat stimmte jeweils eine deutliche Mehrheit zu, auch im Ständerat war eine (knappe) Mehrheit der Ständeräte für das Gesetz. Gescheitert ist das Gesetz, weil für das Lösen der Ausgabenbremse im Ständerat ein qualifiziertes Mehr von 24 Stimmen notwendig gewesen wäre und nur 22 Stimmen erreicht wurden. Es fällt mir schwer diese Niederlage zu akzeptieren. Es wird viel Zeit brauchen, die Scherben wieder zusammenzuwischen und einen andern Weg zur Stärkung der Prävention zu finden.

Mediale Verkürzungen

In der Frage der Preisanpassung bei Medikamenten ist seit Monaten eine intensive Debatte in Gang, die wiederholt auch in den Medien Niederschlag fand. Neben der inhaltlichen Diskussion ging es auch um die Frage, ob eine Basler Nationalrätin gegen die Interessen der Pharmaindustrie und somit – angeblich – gegen Kantonsinteressen stimmen dürfe. Eine Basler Zeitung hat dies in einer eigentlichen Kampagne postuliert, wie wenn sich der Kanton einseitig auf die kurzfristigen und notabene überrissenen Ansprüche der Pharmaindustrie verkürzen liesse. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen: Ich verstehe meine politische Arbeit so, dass ich versuche die Werte und Anliegen meiner Wählerschaft und meiner Partei zu vertreten. Selbstverständlich weiche ich von der Parteimeinung hin und wieder ab, wenn ich eine Ansicht nicht teilen kann. Im Fall der Medikamentenpreise sah ich keine Veranlassung von meiner Überzeugung abzuweichen:

Eine gute Lösung für die Neugestaltung des Anpassungsmechanismus soll gesucht und hoffentlich gefunden werden. Dabei sind die Interessen der Pharmaindustrie, der Krankenkassen UND der Konsumentinnen und Konsumenten berücksichtigt werden. Genau das habe ich in einem Postulat vorgeschlagen. Der Bundesrat hat das Postulat akzeptiert. Am letzten Sessionstag wurde das Postulat stillschweigend überwiesen. Mein Kompromissvorschlag fand also breite Unterstützung. Vielleicht ist genau das der richtige Weg.

Am Freitagnachmittag, im Anschluss an die Herbstsession, fand die Trauerfeier für unseren Ratskollegen und Freund Peter Malama statt. Es war sehr bewegend und unendlich traurig. Unvorstellbar, dass Peter nicht mehr da ist. Er war so lebensfroh, so engagiert, so vital. Peter wird mir als Politiker und Mensch fehlen.

Herzliche Grüsse
Silvia Schenker

<http://www.silviaschenker.ch>

<https://www.facebook.com/silvia.schenker>